

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

Entschließung zu der Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten über die Ergebnisse der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 18. November 2021 über weitere Schritte zur Bekämpfung der Pandemie sowie über deren Umsetzung im Land

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen:

1. der Landtag von Baden-Württemberg begrüßt, dass durch die Novellierung des Infektionsschutzgesetzes das Parlament in dem betroffenen Land die Anwendbarkeit der besonderen Maßnahmen feststellt;
2. noch immer ist die Quote der 2-fach geimpften Personen viel zu niedrig und es bestehen Engpässe bei den so genannten Booster-Impfungen – insgesamt ist die Impfsituation und Impforganisation unzureichend;
3. eine Impfgarantie für alle ist sicherzustellen;
4. eine allgemeine Impfpflicht kommt nicht in Betracht;
5. für den Schutz besonders vulnerabler Gruppen ist in diesen Bereichen die 2-G-Plus-Regelung besonders sinnvoll;
6. die Fortführung der Überbrückungshilfe III Plus (einschließlich Neustarthilfe) wird begrüßt;
7. die Rationierung von Biontech-Impfstoffen, wie sie der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vorgenommen hat, ist abzulehnen;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. ein tragfähiges Impfkonzert vorzulegen, das belastbare Zahlen über den Umfang der erforderlichen Impfungen (Erst- und Zweitimpfungen, so genanntes Boostern sowie insbesondere die Gruppe der 12-17-Jährigen) enthält und sich in die verschiedenen Impfmodalitäten (niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Betriebsärztinnen und Betriebsärzte, Mobile Impfteams oder ggf. erneute Impfzentren im Sinne von Ziffer 2 des Beschlusses der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 18.11.2021) gliedert;

2. im Rahmen der Impfgarantie jedem ein konkretes Impfangebot anzubieten;
3. ein Konzept vorzulegen, wie bisher ungeimpfte Personen vom Nutzen einer Impfung überzeugt werden können und für das Impfen geworben wird;
4. vor dem Hintergrund der Warnungen der Stiko, für Kinder und Jugendliche den Impfstatus nicht zur Voraussetzung für die Teilhabe zu machen, eine Regelung vorzusehen, die berücksichtigt, dass Kinder und Jugendliche als Schülerinnen und Schüler engmaschig getestet werden;
5. keine Ausgangsbeschränkungen in Baden-Württemberg festzulegen;
6. den Krankenhäusern in Baden-Württemberg finanzielle Unterstützung zu gewähren, nachdem das Sozialministerium im Oktober die Krankenhäuser aufgefordert hat, wieder mehr Intensivbetten für die COVID-19-Patienten vorzuhalten;
7. zusätzliche Mittel speziell für die Installation von Luftfilteranlagen in Klassenzimmern und in Räumen der Kindertagesbetreuung bereitzustellen;
8. weiterhin dafür zu sorgen, dass der Präsenzunterricht in Schulen als auch der Kunst-, Kultur- und Sportbetrieb möglich bleiben;
9. den Einsatz von digitalen Methoden zur Kontaktnachverfolgung in den zuständigen Gesundheitsämtern und Behörden zu forcieren;
10. bei den anstehenden Entscheidungen sich am Leitbild „Freiheitsrechte für die Geimpften und Einschränkungen für die Ungeimpften“ zu orientieren.

23.11.2021

Dr. Rülke und Fraktion

Begründung

Die unzureichende Impfquote ist ein wesentliches Element für die derzeit sehr angespannte Lage. Hier gilt es, in den kommenden Wochen alles dafür zu tun, die Impfquote zu verbessern.